

V0594/25

Personalsituation Gesundheitsversorgung
- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.09.2025 -

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Ingolstädter Klinikum und den ansässigen Rettungsdiensten im öffentlichen Teil einer 2025 stattfindenden Stadtratssitzung dar, wie viele Beschäftigte im medizinischen Bereich (Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte, Medizinische Fachangestellte, Rettungssanitäter, Mitarbeiter im Gesundheitsamt und weitere zukunftssichere Berufe im medizinischen Bereich) in den nächsten Jahren voraussichtlich in Ruhestand gehen.
2. Es wird dargestellt, wie viele Stellen – aufgeteilt in öffentlichen Dienst, Allgemeinarztpraxen und Facharztpraxen – schätzungsweise unbesetzt bleiben und welche Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Ingolstädter Bevölkerung im Kontext der prognostizierten Einwohnerentwicklung zu erwarten sind. Gleichzeitig wird dargestellt, wie viele Assistenzarzt- und Weiterbildungsstellen besetzt, bzw. unbesetzt sind.
3. Das Ingolstädter Klinikum stellt dar, wie viele Patientinnen und Patienten im Fall, dass sich der Personalbedarf im medizinischen Bereich extrem zuspitzt, zusätzlich vom Klinikum versorgt werden müssen. Hierfür sind Mehraufwand und Mehrkosten aufzuzeigen.
4. Die Stadtverwaltung entwickelt zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Ingolstädter Klinikum und dem bayerischen Gesundheitsministerium (Förder-)Maßnahmen, um den Personalmangel im öffentlichen Dienst sowie in niedergelassenen Arztpraxen möglichst gering zu halten.
5. Der Ingolstädter Stadtrat beauftragt die in die Aufsichtsratsgremien des Ingolstädter Klinikums entsandten Stadtratsmitglieder, dringlich zu beschließen, dass das Klinikum als Sofortmaßnahme über den eigenen Bedarf hinaus Medizinische Fachangestellte ausbildet, sodass der Bedarf der Gesundheitslandschaft gedeckt wird. Der Ingolstädter Oberbürgermeister wird gebeten, für dieses Vorgehen auch die Krankenhausträger innerhalb der Region 10 zu motivieren.

Stadtrat	08.10.2025	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 08.10.2025

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0594/25 und die mündliche Stellungnahme der Verwaltung werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Fischer stellt anhand der der Niederschrift beiliegenden Präsentation die ambulante Gesundheitsversorgung in Ingolstadt dar. Insofern wird auf weitergehende Ausführungen verzichtet.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zur fachärztlichen Versorgungsrate erläutert Herr Fischer, dass es trotz des hohen Versorgungsgrades zu längeren Wartezeiten kommen kann, da Ingolstadt als „Kreistyp 1“ auch die Bevölkerung aus der Region mitversorge und somit mehr Personen die Fachärzte in Ingolstadt aufsuchen.

Für Oberbürgermeister Dr. Kern zeigt das, dass auch im Bereich der niedergelassenen Ärzte regional gedacht werden muss. Die Möglichkeit eines Medizinstudiums vor Ort würde dies unterstützen, um Fachkräfte in der Region zu binden.

Zum Thema Medizinstudium verweist Herr Fischer auf das seit 2019 geltende bayerische Landarztgesetz. Mittlerweile seien 711 Studierende in diesem Programm, die sich verpflichtet haben nach Beendigung des Studiums mindestens 10 Jahre in einer Region mit Unterversorgung tätig zu sein. Zusätzlich gebe es 83 Studierende, die danach im öffentlichen Gesundheitsdienst eingesetzt werden. Zum SPD-Antrag, der fordere, dass die Stadt bzw. das Klinikum über Bedarf medizinische Ausbildungsplätze anbiete, vertritt er die Ansicht, dass die Stadt nicht die Aufgaben der privaten Arztpraxen übernehmen könne und es aufgrund der Haushaltssituation wohl auch nicht sinnvoll sei.

Stadtrat Dr. Böhm entgegnet, dass es nicht sein kann, dass der öffentliche Dienst den niedergelassenen Ärzten die Medizinischen Fachangestellten wegnimmt. Teilweise könnten aufgrund des fehlenden Personals weniger Termine vereinbart werden und Kapazitäten für die Ausbildung des Nachwuchses fehle ebenso.

Zur Versorgung führt er aus, dass man in der Präsentation klar sehe, dass es in Gegenden von Unikliniken keinerlei Bedarf gibt. In ländlichen Gebieten und auch in Ingolstadt bestehe dieser sehr wohl. In anderen Großstädten wäre es ihm nie möglich gewesen sechs Praxen zu eröffnen, in Ingolstadt gebe es aber viele unbesetzte Kassensitze. Er habe große Sorge in Anbetracht des bevorstehenden Ruhestands vieler älterer Kollegen und befürchte einen Wegzug einiger Ärztinnen, die sich wegen der Beschäftigung des Partners bei AUDI hier niedergelassen haben.

Abschließend weist er noch auf das Thema der Weiterbildungen im Klinikum hin. Die Personalentwicklung müsse dringend besprochen werden, da sich das Personal sonst woanders hin bewerbe.

Stadtrat Mißbeck kritisiert den ausführlichen Vortrag von Herrn Fischer, der zwar gut aufbereitet sei, aber den Rahmen der Sitzung sprengte.

Auf Nachfrage von Stadträtin Kürten zum weiteren Vorgehen erläutert Oberbürgermeister Dr. Kern, dass man das angesprochene Thema der Personalentwicklung aufnehmen werde. Staat und Stadt könnten nicht alles machen, jedoch die Rahmenbedingungen befördern. Ein wichtiger Baustein sei dafür, ein Gesundheitsstudium nach Ingolstadt zu bekommen, um junge Mediziner in der Region zu verwurzeln. Weiter stehe die regionale Zusammenarbeit in diversen Gremien und Formaten wie der Gesundheits- und Pflegekonferenz auf dem Plan. Auch die Gesundheitsreform des Bundes sei allgegenwärtig.